17/37

kultur mit denken

Uns geht's ums Ganze.

www.gruene-bundestag.de

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BUNDESTAGSFRAKTION

Grüne Kulturpolitik stärkt UNSERE Demokratie fördert KUNST & Kreativität

Kultur hat ihren eigenen Wert. Sie muss keinen ökonomischen Zweck erfüllen, keine gesellschaftlichen Defizite kompensieren. Aber es ist unbestritten, dass sie es kann. Das Politische von Kultur besteht in der künstlerischen Sicht auf unsere Welt und in der Interaktion zwischen Kunst und Gesellschaft. Kunst und Kultur können der Gesellschaft neue Impulse geben, unsere Sicht verändern und Denkstrukturen aufbrechen. Die Künste wenden sich an Herz und Verstand der Menschen. Wer die Welt der Kunst für sich entdeckt, kann vernetztes, kreatives Denken lernen und mit Fantasie und Empathie neue Ideen entwickeln.

Kulturpolitik gestaltet die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen für Kulturschaffende und fördert die freie Entfaltung von Kunst und Kreativität. Für uns bedeutet Kulturpolitik auch Gesellschaftspolitik. Wir möchten jeden Menschen dabei unterstützen, die Zukunft kreativ mitzugestalten. Die Förderung von Kunst und Kultur ist notwendig zur Stärkung unserer Demokratie.

Kulturelle Infrastruktur hat in Zeiten knapper Kassen einen schweren Stand. In vielen Kommunen sind Kulturinstitutionen und die freie Szene in ihrer Existenz bedroht. Kultureinrichtungen können ihre Wirtschaftlichkeit nicht ohne Weiteres nachweisen, aber in ihrer Bedeutung sind sie genauso „systemrelevant" wie Banken oder Wirtschaftsunternehmen. Denn kulturelle Angebote prägen die Identität von Städten und Gemeinden, stärken deren Attraktivität als Wirtschaftsstandort und fördern den Tourismus.

Die finanziellen Handlungsspielräume vieler Kommunen sind stark eingeschränkt, deshalb müssen Bund und Länder für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Städte und Gemeinden sorgen. Es braucht eine Verständigung darüber, wie die Vielfalt der Kultur dauerhaft gewährleistet und die Freiheit der Künste gesichert werden kann; daran sollen Kulturschaffende, Institutionen und Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden.

„Kultur kann unser Denken verändern und bereichert unsere emotionalen Erlebniswelten.“

Agnes Krumwiede MdB
ist Sprecherin für Kulturpolitik

Foto: Klammer/laif

GRÜNE KULTURPOLITIK sichert die KULTURELLE Infrastruktur

Wir haben Vorschläge entwickelt, wie der Bund die Kommunen unterstützen könnte, denn der Erhalt der kulturellen Infrastruktur ist im Wesentlichen Aufgabe der Kommunen:

1. Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, die Vergabe von Kultur-Krediten über ein KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau)-Sonderprogramm zu prüfen.

2. Zudem hat der Bund die Möglichkeit zur direkten Förderung von Kultureinrichtungen, wenn diese von „bundesstaatlicher Bedeutung" sind. Bisher fehlt aber eine transparente Definition der Kriterien für die „bundesstaatliche Bedeutung".

3. Wir fordern von der Bundesregierung, der Kulturstiftung des Bundes mehr Mittel für den „Fonds Soziokultur" zur Verfügung zu stellen.

4. Die Förderung von „nicht-investiven" Maßnahmen – also Modellvorhaben im nicht-baulichen Bereich, beispielsweise für die Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit – muss im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt" für benachteiligte Stadtbezirke wieder eingeführt werden.

5. Außerdem fordern wir, die Mittel für das CO_2-Gebäudesanierungsprogramm zu erhöhen und ebenso wie die Programme der Städtebauförderung auf Kulturgebäude zu erweitern, um finanzielle Unterstützung für den Substanzerhalt von Kulturgebäuden anzubieten.

6. Zur Unterstützung öffentlicher wie privater Kunstinstitutionen und Bühnen, zur Förderung der freien Szene und der selbstständigen Kulturschaffenden sollten bestehende Finanzierungshilfen weiterentwickelt und transparenter kommuniziert werden.

„Wir müssen unsere kulturellen Infrastrukturen schützen, erhalten und entwickeln, denn sie sind Grundlage des „guten Lebens“ – eines Reichtums, der viel mehr ist als nur Geld und Gewinn.“

Claudia Roth MdB
ist Sprecherin für auswärtige Kulturpolitik

Foto: plainpicture/Johner

bessere SOZIALE & wirtschaftliche Bedingungen

Der Umsatz der Kreativindustrie – 2009 erwirtschaftete sie knapp 63 Milliarden Euro – steht im Widerspruch zur Einkommenssituation der meisten KünstlerInnen. Zwei Drittel der Theater- und Tanzschaffenden leben laut einer Studie von 2009 unterhalb der Armutsgrenze. Viele Kulturschaffende aller Bereiche arbeiten trotz hoher Qualifikation in unregelmäßigen und prekären Beschäftigungsverhältnissen. Befristete Honorarverträge, weit entfernt von einer angemessenen Vergütung, setzen sich immer mehr durch.

Wir wollen die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Kulturschaffende verbessern und dabei die branchenspezifischen Arbeitsanforderungen berücksichtigen. Grüne Kulturpolitik möchte Honorare, die mit sittenwidrigen Löhnen vergleichbar sind und mangelhafte soziale Absicherung auch im Kulturbetrieb verhindern. Für die Dienstleistung aller ausgebildeten Interpreten, Bühnendarsteller und Lehrenden ohne Festanstellung in Kunst und Kultur muss es Mindestabsicherungen und Honoraruntergrenzen geben.

Grüne KULTURPOLITIK verbessert ARBEITSVERHÄLTNISSE

Viele AbsolventInnen staatlicher Hochschulen arbeiten als unbezahlte oder nur gering vergütete Praktikanten – und das im Arbeitsumfang einer Festanstellung. Unsere Forderung nach fairen Bedingungen bei Praktika gilt auch für Kulturschaffende.

Die spezifische Situation Kulturschaffender, deren Erwerbspausen zwischen Engagements oft der Vorbereitung neuer Projekte dienen, ist in der Arbeitsmarktpolitik nach wie vor unberücksichtigt. Wir Grüne fordern, die Anwartschaftszeit in der Arbeitslosenversicherung neu zu gestalten, damit auch flexibel Beschäftigte abgesichert sind. Außerdem muss den Betroffenen durch eine befristete Vermittlungspause ermöglicht werden, sich eigenständig auf ihre berufliche Integration zu konzentrieren. Gleichzeitig sollte die qualifizierte Künstlervermittlung unter dem Dach der Bundesagentur für Arbeit als verlässliches Angebot für alle KünstlerInnen erweitert werden.

GLEICHSTELLUNG von Frauen

Foto: Mahler/Ostkreuz

Auch im Kulturbetrieb sind Frauen beruflich benachteiligt. Das ist nicht nur ungerecht, dem Kulturbetrieb geht damit kreatives Potenzial verloren. Symptomatisch ist der Mangel an aktuellen Statistiken: Die letzte umfangreiche Studie, die der Deutsche Kulturrat für die Kultusministerkonferenz erarbeitet hat, umfasst den Zeitraum von 1995 bis 2000. Wir fordern, die Dokumentationen fortzusetzen und zu aktualisieren.

Nach Auskunft des Deutschen Musikrats sind Studentinnen an Musikhochschulen mit rund 60 Prozent in der Mehrheit. Im klassischen Musikbetrieb sind Frauen jedoch nur mit rund 23 Prozent vertreten. An den Staats- und Landestheatern waren in den Jahren 1995 bis 2000 nur drei Prozent der Intendanzen mit Frauen besetzt. Die Praxis zeigt: Je höher Gehalt und Ansehen einer Stelle oder Funktion, desto geringer ist der Frauenanteil.

Wir wollen, dass Gleichstellung von Frauen endlich umgesetzt wird – auch im Kulturbetrieb. Diskriminierung von Frauen darf nicht mit künstlerischer Freiheit gerechtfertigt werden. Bei öffentlich finanzierten Kultureinrichtungen und öffentlich geförderten Projekten steht der Staat in der Verantwortung, die Gleichstellung von Frauen zu unterstützen.

KULTUR MIT Bildung VERKNÜPFEN

Solange kulturelle Freizeitaktivitäten vom Einkommen abhängen, ist kulturelle Teilhabe für alle nicht gewährleistet. Hinzu kommt, dass in vielen Bundesländern musische Fächer zugunsten der Naturwissenschaften gekürzt werden. Künstlerische Fähigkeiten werden im Vergleich zu anderen Schulfächern nicht adäquat als Leistung anerkannt. Dabei sind auch auf dem Arbeitsmarkt Teamfähigkeit und Kreativität gefragt – Eigenschaften, die durch künstlerische Aktivität gefördert werden können.

Grüne Kulturpolitik will Kultur mit Bildung und Kunst mit Lernen verknüpfen, denn, wie Albert Einstein formulierte: „Fantasie ist wichtiger als Wissen, denn Wissen ist begrenzt." Wir stehen für einen pädagogisch durchdachten Ausbau der Ganztagsschulen, für individuelle Förderung mit kreativen Bildungsinhalten sowie mehr Vernetzung und Kooperation zwischen Schulen, Kulturinstitutionen und freischaffenden KünstlerInnen. Darüber hinaus wollen wir das Freiwillige Soziale Jahr im Bereich Kultur ausbauen.

UNTERSTÜTZUNG auch für *neue* künstlerische AUSDRUCKSFORMEN

Die qualitative Unterscheidung zwischen Hoch- und Subkultur ist destruktiv, weil dadurch neue künstlerische Ausdrucksformen diskriminiert werden. Ergänzend zu den bestehenden Förderstrukturen des Bundes im Bereich kulturelle Bildung fordern wir die Auflegung eines Programms „Jugendkultur Jetzt" über die Kulturstiftung des Bundes, um den eigenen künstlerischen Ausdruck von Kindern und Jugendlichen zu stärken.

Wir wollen die Teilhabe an den Künsten gerade auch für Jugendliche aus sozial schwachen Familien ermöglichen. Jugendkultur fördert die Integration und ist eine Strategie gegen Gewalt und seelische Obdachlosigkeit bei Kindern und Jugendlichen. Musik, Tanz und Bildende Kunst sind jedoch nicht „an sich" kreativitätsfördernd. Entscheidend ist die pädagogische und motivierende Vermittlung. Die kreative Aktivität sollte im Mittelpunkt stehen, nicht allein der passive Konsum unseres kulturellen Erbes. Wer den Wert des künstlerischen Ausdrucks selbst erfahren hat, wird Kultur genreübergreifend bewusster wahrnehmen.

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Arbeitskreis 5: Wissenschaft und Generationen
Agnes Krumwiede MdB, Sprecherin für Kulturpolitik
T. 030/227 56789, F. 030/227 56552
info@gruene-bundestag.de

Zum Weiterlesen:

Das Gesicht der Welt verändern – Grüne Kulturpolitik für die Welt von morgen (Fraktionsbeschluss vom 15. März 2011)

Bundestagsdrucksachen:

17/3066 Kulturelle Bildung von Bundesseite nachhaltig fördern – Auflegung eines Förderprogramms „Jugendkultur Jetzt"

17/789 Kulturelle Infrastruktur sichern – Substanzerhaltungsprogramm Kultur auflegen

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum:
Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Gestaltung: Stefan Kaminski
Stand: Mai 2011, Schutzgebühr: 0,05 €